



UmweltaktivistInnen in Gefahr

Schützen wir ihre Menschenrechte!

Kampagnendossier

Tag der Menschenrechte

10. Dezember 2020

VORWORT

Liebe Leserin, lieber Leser

Die Zeichen stehen auf Sturm, auf Orkan, auf Dürre und auf alle denkbaren Naturkatastrophen. Auch bei uns schwindet das Eis, die Wälder vertrocknen. Langsam wird uns klar, dass die NIMBY-Perspektive («not in my back yard» oder «Hauptsache, mein eigener Hinterhof bleibt verschont») nicht reicht, um uns und unseren Kindern eine friedliche, glückliche Zukunft zu bescheren. Der Klimawandel ist ein Problem der Menschheit als Ganzes.

Mit den zunehmenden Naturkatastrophen steigt auch die Anzahl Verbrechen gegen Menschen, die den Klimawandel an der Wurzel anpacken und für unsere Erde einstehen. Anlässlich des Tags der Menschenrechte 2020 gibt dieses Kampagnendossier einen Einblick in das Trauerspiel für die Menschenrechte, das aus der Diskreditierung von Umweltanliegen hervorgeht. Auf den nächsten Seiten lesen Sie, wo es besonders gefährlich ist, sich für die Umwelt zu engagieren.

Doch jede und jeder von uns kann dazu beitragen, dass das Trauerspiel ein Ende findet. Erfahren Sie ab Seite 8, was ein

JA zur Konzernverantwortungsinitiative bedeuten kann für Menschen, die wegen ihres Engagements für unseren Planeten bedroht werden.

Nebst Ihrem Ja zu dieser zukunftsweisenden Initiative braucht es auch Ihre Unterschrift. Lesen Sie mehr zu unserer Menschenrechtstags-Petition für brasilianische Zwangsvertriebene auf Seite 7.

Ihr Engagement ist ein Licht der Hoffnung in der Adventszeit, in welcher auch der Menschenrechtstag stattfindet. Ein Licht für die Zukunft unserer Kinder und unserer Umwelt.



Katleen De Beukeleer

Verantwortliche für Kampagnen und Kommunikation

IMPRESSUM

Herausgeberin ACAT-Schweiz (Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter, Kontaktangaben siehe Seite 12) • **Redaktion** Ruth Blum, Katleen De Beukeleer (Verantwortung, k.debeukeleer@acat.ch), Dominique Joris • **Übersetzung** Katleen De Beukeleer, Bettina Ryser Ndeye • **Coverbild** Ocean Cleanup Group/Unsplash.com • **Gestaltung** Katleen De Beukeleer • **Druck** Funke Lettershop AG, Zollikofen

Der Tag der Menschenrechte ist der Gedenktag zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die am 10. Dezember 1948 durch die UNO-Vollversammlung verabschiedet wurde.

Hinweis der Redaktion Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit bezeichnen wir Personengruppen in männlicher Form, wobei wir immer sowohl weibliche als auch männliche Personen meinen.

FOKUS

UmweltaktivistInnen in Gefahr

Der Schutz der Umwelt und die Verteidigung der Menschenrechte sind zunehmend miteinander verflochten. 2019 wurde eine Rekordzahl von Menschen wegen ihres Engagements für den Schutz von Umwelt, Klima oder natürlichen Ressourcen getötet.

Text: Dominique Joris, Verantwortlicher für Interventionen und juristische Dossiers

Nach Angaben der NGO *Global Witness* wurden im vergangenen Jahr weltweit 212 Umweltverteidiger umgebracht. Die Regierungen tragen eine grosse Verantwortung für diese Tragödien, weil sie nicht imstande sind, die Opfer – oft Frauen – zu schützen und die Täter zu verfolgen. Schlimmer noch: Einige Staaten, so die Philippinen, nehmen die gewaltsame Beseitigung von Umweltaktivisten gleich selber an die Hand oder geben sie in Auftrag – dies unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung. In vielen Fällen machen sich auch lokale oder internationale Unternehmen mitschuldig. Es gibt viele rechtliche Mittel, um die jeweiligen Verantwortlichkeiten festzulegen. Sie alle haben das gleiche Ziel: den Schutz der Umweltverteidiger, und damit unseres Planeten.

Im Durchschnitt werden seit Dezember 2015, als das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet wurde, jede Woche vier Aktivisten getötet. Viele andere werden durch Übergriffe, sexuelle Gewalt, Morddrohungen, willkürliche Verhaftungen und unfaire Gerichtsverfahren zum Schweigen gebracht. Es sind oft indigene Aktivisten, die den höchsten Preis für ihr Engagement zahlen.

Im Jahr 2019 waren 21 Länder betroffen. Kolumbien, die Philippinen, Brasilien, Mexiko, Honduras und Guatemala stehen an der Spitze dieser düsteren Bilanz. Der Bergbau (50 Opfer im Jahr 2019), die Agrarindustrie (34) und die Forstwirtschaft (24) sind die tödlichsten Sektoren. Genau diese Sektoren sind weitgehend für den Klimawandel und die Zerstörung des Planeten verantwortlich.

KOLUMBIEN

Kaum sonstwo auf der Welt ist es so riskant, sich für die Umwelt einzusetzen, wie in der Provinz Cauca im Südwesten Kolumbiens.

Die sich häufenden Morde an Aktivisten scheinen eine Folge des Friedensabkommens von 2016 zwischen der Regierung und den FARC-Rebellen zu sein, das zahlreiche Fragen offenliess. Für viele der dokumentierten Verbrechen werden kriminelle Banden und paramilitärische Gruppierungen verantwortlich gemacht, die von der FARC verlassene Gebiete besetzen. Das Friedensabkommen sah auch Subventionen für Bauern vor, wenn sie sich bereit erklärten, ihre Koka-plantagen durch andere Kulturen zu ersetzen. Wer zugestimmt hat, bekommt oft Drohungen vom organisierten Verbrechen und von Paramilitärs, die vom Drogenhandel leben. Ein Klima der Verfolgung und Bedrohung hat sich breitgemacht und flösst jenen Angst ein, die den Mut hatten, ihre Stimme zu erheben.



Francia Marquez ist eine der prominentesten Umwelt- und Menschenrechtsverteidigerinnen Kolumbiens. Für ihre Umweltarbeit wurde sie 2018 mit dem angesehenen Goldman-Umweltpreis

ausgezeichnet. Im Mai 2019 wurden sie und weitere Umweltbeauftragte während eines Treffens in der Stadt Lomitas von bewaffneten Männern angegriffen. Der Angriff dauerte fünfzehn Minuten, und eine Granate wurde auf die Gruppe geworfen. Glücklicherweise wurde niemand getötet. In der Vergangenheit wurde Francia Marquez oft bedroht und schikaniert. Schliesslich war sie gezwungen, ihr Haus zu verlassen.

64

Im Jahr 2019 wurden in Kolumbien 64 Umweltverteidiger getötet, vorwiegend in indigenen Gebieten. Laut *Global Witness* sind dies 30 Prozent aller Fälle weltweit im vergangenen Jahr. Indigene Aktivisten sind am meisten gefährdet. Sie waren in der Hälfte der Fälle betroffen, obwohl die Indigenen nur 4,4 Prozent der Gesamtbevölkerung Kolumbiens ausmachen. Etwa ein Drittel der dokumentierten Verbrechen sollen von denjenigen bewaffneten Banden begangen worden sein, welche die FARC abgelöst haben. Angeblich werden 89 Prozent der Verbrechen nicht bestraft.

PHILIPPINEN

Die Philippinen sind das zweitgefährlichste Land der Welt für Umweltaktivisten.

Der Grund dafür ist die zunehmende Kriminalisierung ihrer Tätigkeit durch den Staat, der mit einer immer drakonischeren Gesetzgebung gegen sie vorgeht. Die Armee beteiligt sich an der Unterdrückung indigener Bewegungen, die versuchen, sich gegen die Ausbeutung ihres Landes durch Abholzungs- oder Bergbauunternehmen zu wehren. Um die Repression zu rechtfertigen, bezeichnet der Staat die Protestierenden als «Rebellen», «Terroristen» oder «entwicklungsfeindliche Aktivisten». Die philippinische Regierung will damit den betroffenen Gemeinschaften jegliche Legitimität absprechen. Präsident Duterte hetzerische Aufrufe, indigene Schulen zu bombardieren und Aktivisten zu töten, die «die Justiz behindern», verschärfen diese Politik und bringen Umweltaktivisten noch mehr in Gefahr.

Um die Repression zu rechtfertigen, bezeichnet der Staat die Protestierenden als «Rebellen», «Terroristen» oder «entwicklungsfeindliche Aktivisten».

Renee Karunungan erhielt 2016 für ihre kritische Haltung gegenüber der Umweltpolitik des philippinischen Präsidenten Duterte zahlreiche Drohungen in den sozialen Netzwerken: «Ich werde dich an der Ecke deiner Strasse ausfindig machen und dich vergewaltigen oder töten lassen» oder «Ich werde deine Familie aufsuchen und wir werden sie töten».



KARTE: ACAT-Schweiz

43

Für 2019 zählte **Global Witness** 43 Morde an Umweltaktivisten auf den Philippinen.

Davon standen 26 im Zusammenhang mit der Agrarindustrie. Seit dem Amtsantritt von Präsident Duterte ist die Zahl der ermordeten Aktivisten dramatisch angestiegen – auf 119 zwischen 2016 und 2019, fast doppelt so viele wie in den drei Jahren zuvor. Auf den Philippinen geht die Hälfte der Morde an Aktivisten auf das Konto der Armee oder paramilitärischer Gruppierungen.

BRASILIEN

Die indigene Bevölkerung von Guajajara kämpft gegen illegale Holzfäller im Bundesstaat Maranhão. In den letzten 18 Jahren haben 42 Menschen dieses Engagement mit ihrem Leben bezahlt.

Am 1. November 2019 wurde Paulo Paulino Guajajara vom Stamm der Guajajara durch fünf illegal tätige Holzfäller in einen Hinterhalt gelockt und getötet. Er war Mitglied der «Waldwächter», einer Gruppierung, die gegen illegale Abholzung auf indigenem Land kämpft. Zwischen 2000 und 2018 wurden 42 indigene Guajajara im Konflikt mit illegal tätigen Holzfällern ermordet. Mit der zunehmenden Waldzerstörung und Präsident Bolsonaros laxer Umweltpolitik haben die Drohungen gegen diese Gemeinschaft zugenommen. Im April 2020 wurde ein weiterer Anführer der Guajajara-Gemeinschaft getötet.



KARTE: ACAT-Schweiz

«Der brasilianische Staat ist nicht in der Lage, ihre körperliche Unversehrtheit und ihr Leben zu gewährleisten.»

Claudice Silva dos Santos

24

Nach Angaben von *Global Witness* wurden 2019 in Brasilien 24 Umweltaktivisten umgebracht.



*«Der brasilianische Staat ist nicht in der Lage, ihre körperliche Unversehrtheit und ihr Leben zu gewährleisten», so **Claudice Silva dos Santos** aus der Region Para. Die Rede ist von ihrem Bruder José Ribeiro da Silva und seiner Frau Maria, die 2011 ermordet wurden – und auch von den vielen anderen Aktivisten in Brasilien, die der Zerstörung ihrer Gemeinden durch illegale Abholzung und Bergbau den Kampf angesagt haben und deswegen bedroht oder ermordet wurden.*

PETITION



Petition :

www.acat.ch > Aktiv werden > Menschenrechtstag

Brasilien: Zwangsvertreibung von Bauernfamilien



Die Intervention zum Menschenrechtstag illustriert anhand eines typischen Beispiels die schweren Missbräuche, unter denen lokale Gemeinschaften in Brasilien leiden.*

Zwischen dem 12. und 14. August 2020 wurden in der Gemeinde Campo do Meio (Minas Gerais, Südosten von Brasilien) vierzehn Familien von einem imposanten Militärpolizei-Aufgebot gewaltsam vom Land vertrieben, auf dem sie seit rund zwanzig Jahren lebten. Die Familien gehören der Quilombo Campo Grande-Gemeinschaft der *Bewegung der Landarbeiter ohne Boden (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra, MST)* an. Die Polizei vertrieb die Familien, zerstörte die Schule der Gemeinschaft und schloss ein Lagerhaus. Dabei setzte sie Tränengas sowie zahlreiche Fahrzeuge und Hubschrauber ein. Unbekannte Täter steckten die Felder der Bauern in Brand. Die Quilombo Campo Grande-Gemeinschaft hatte in der Region eine ökologische Landwirtschaft entwickelt, die Massstäbe setzt.

Die Räumung erfolgte nach einem Gerichtsbeschluss der Agrarkammer des Gerichtshofs von Minas Gerais vom Februar 2020. Diese ordnete die Rückgabe von insgesamt 52 Hektar des von

der Gemeinschaft bewohnten Grundstücks** an. Einige Familien wurden jedoch ohne Gerichtsbeschluss vertrieben. Zudem hatte das Gericht die Zerstörung der Schule und des Ackerlands nicht angeordnet. Die Gemeinschaft wehrte sich friedlich, aber erfolglos gegen die Räumung.

Drei brasilianische Menschenrechtinstitutionen beantragten bei den lokalen Behörden einen Räumungsaufschub. Dieser wurde abgelehnt. Die vertriebenen Familien stehen nun ohne Unterkunft und ohne Lebensunterhalt da. Wegen der aktuellen Pandemie sind sie zudem einem hohen Ansteckungsrisiko ausgesetzt. Seit den Ereignissen mussten die vierzehn Familien in der Gemeinschaft untergebracht werden. Der Staatsanwalt von Minas Gerais hat seinerseits am 24. September ein Dokument veröffentlicht, das zahlreiche Unregelmäßigkeiten bei der Zwangsräumung vom August auflistet.

Die Petition fordert die brasilianischen Behörden auf, die Vorfälle zu untersuchen und Massnahmen zu ergreifen, um diese Gemeinschaft und andere Menschenrechts- und Umweltschützer in Brasilien zu respektieren und zu schützen.

* Appell von OMCT/FIDH (Weltorganisation gegen Folter / Internationale Föderation für Menschenrechte)

** Das ursprünglich auf diesem Land tätige Unternehmen war in Konkurs gegangen und hatte das Grundstück verlassen.

STAATEN, UNTERNEHMEN UND MENSCHENRECHTE

Die Achtung der Menschenrechte: die primäre Verantwortung der Staaten ... aber auch von Unternehmen

Die Vertragsstaaten verschiedener Menschenrechtskonventionen, wie zum Beispiel des UNO-Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT), des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) oder der UNO-Erklärung zu Menschenrechtsverteidigern, sind in erster Linie verpflichtet, die in diesen Texten verankerten Rechte einzuhalten. Geschädigte Opfer können diese Rechte gegenüber den Staaten, die sie ratifiziert haben, einklagen. Die Staaten sollen garantieren, dass diese Rechte ohne jegliche Diskriminierung für alle gelten. Gemäss einigen dieser Texte (zum Beispiel CAT) muss der Staat auch gesetzgebende, administrative und gerichtliche Massnahmen ergreifen, um zu verhindern, dass auf seinem Territorium verbotene Handlungen begangen werden. Die Berichte aus Brasilien, Kolumbien und den Philippinen zeigen, dass Menschenrechts-

verletzungen an Umweltverteidigern oft von Staaten begangen werden – das heisst von ihren Amtsträgern, Streitkräften, der Polizei,... Es sind die Behörden der betreffenden Staaten, die für ihre Handlungen (zum Beispiel Bombardierung einer Schule, Vertreibung und Tötung von Bauern durch das Militär) oder Unterlassungen (Versäumnis, die Täter zu ermitteln und strafrechtlich zu verfolgen) zur Rechenschaft gezogen werden. Die für den 10. Dezember vorgeschlagene Petition ist deshalb an die brasilianischen Behörden gerichtet. ACAT-Schweiz wird Ihre Unterschriftenbogen sammeln und im Frühjahr 2021 an die zuständigen Adressaten senden.



Auch Unternehmen müssen die Menschenrechte respektieren

Manchmal sind es Unternehmen – lokale, ausländische oder multi-nationale – die für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, insbesondere gegen die indigene Bevölkerung. Vor allem Firmen, die in der Rohstoffgewinnung tätig sind, werden kritisiert. Die meisten dieser Firmen haben keine Skrupel, sich – oft illegal – rohstoff- oder mineralienreiches Land anzueignen, die indigene Bevölkerung mit Gewalt zu vertreiben und Bodenschätze für ihren eigenen Profit auszubeuten.

Diese Vertreibungen und der anschließende Abbau sind häufig von Gewalt und schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen begleitet. Dazu zählen Tötungen oder Entführungen von Bauern, Menschenrechtsverteidigern und Umweltaktivisten, Schikanen, körperliche Verletzungen und Drohungen. Diese Übergriffe werden vielfach von Mittelspersonen wie Sicherheitsbeamten, bewaffneten Banden, lokalen Milizen oder paramilitärischen Gruppierungen verübt. Die betreffenden Unternehmen beauftragen diese mehr oder weniger offiziell oder lassen sie gewähren, indem sie die Augen vor den begangenen Missbräuchen verschliessen. Oft werden zudem Land, Wasser und Luft in der Umgebung dermassen verschmutzt, dass die Gesundheit der lokalen Bevölkerung auf Jahre hinaus ernsthaft gefährdet ist.

In all diesen Fällen müssen Unternehmen zur Rechenschaft gezogen werden. Nebst Beschwerden gegen den Staat und seine Beamten können auch rechtliche Schritte gegen Unternehmen angestrebt werden. Dies ist besonders wichtig in Ländern, in denen das Justizsystem schwach, ineffizient oder korrupt ist. Solche Klagen gegen Unternehmen können strafrechtlicher Art (mit dem Ziel einer strafrechtlichen Verurteilung des Unternehmens oder seiner Manager) oder zivilrechtlicher Art sein (Anspruch der Opfer auf Entschädigung). Letztere Option wird dem Schweizer Volk mit der Konzernverantwortungsinitiative vorgeschlagen, über die es am 29. November abstimmen wird.

Die Konzernverantwortungsinitiative

Die Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» fordert, dass Konzerne mit Sitz in der Schweiz bei ihren Geschäftspraktiken im Ausland die Menschenrechte und die Umwelt respektieren. Tun sie das nicht, sollen sie für Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden geradestehen, die durch ihre Tochterunternehmen verursacht wurden. Diese Initiative basiert auf den UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, die 2011 vom Menschenrechtsrat verabschiedet wurden. Die Initiative schlägt vor, dass Menschen, die im Ausland durch multi-nationale Unternehmen mit Sitz in der Schweiz geschädigt werden, hierzu-lande Gerechtigkeit erlangen können.

Die Initiative fordert eine Selbstverständlichkeit: Wenn Konzerne Trinkwasser verschmutzen oder ganze Regionen zerstören, sollen sie dafür geradestehen. Konkret zielt der Text der Initiative auf multi-nationale Unternehmen ab. KMU sind von der Initiative nicht betroffen, es sei denn, sie sind in einem Hochrisiko-Sektor tätig.

ACAT-Schweiz unterstützt diese Initiative. Sie ist ein wichtiges Mittel, um die Achtung der Menschenrechte und des Umweltrechts zu verbessern in Ländern, in denen die Justiz ihrer Aufgabe nicht nachkommen kann.

Die Initiative wird die Arbeit von NGOs wie ACAT im Kampf gegen Folter und andere Misshandlungen erleichtern.

Diese Initiative ist kein Ersatz für Aktionen gegen Staaten, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. Sie ist vielmehr eine Ergänzung, welche die Arbeit von NGOs wie ACAT im Kampf gegen Folter und andere Misshandlungen erleichtern wird. **ACAT-Schweiz lädt Sie**

ein, am 29. November ein Ja zur Konzernverantwortungsinitiative in die Urne zu legen, damit die Opfer von Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung besser geschützt werden.



konzern-initiative.ch



kirche für **konzernverantwortung.**

Quellen: Global Witness/BBC/reneekarunungan.com/Weltorganisation gegen Folter (OMCT) – Internationale Föderation für Menschenrechte (FIDH)/Konzernverantwortungsinitiative

SPENDEN FÜR ACAT-SCHWEIZ

ACAT nimmt Regierungen in die Pflicht

Menschen, die sich gegen Landraub und Umweltzerstörung einsetzen, sind zu oft von Folter und willkürlicher Hinrichtung bedroht. ACAT-Schweiz ruft seit 40 Jahren gemeinsam mit ihren Mitgliedern und Anhängern Regierungen dazu auf, ihre menschenverachtenden Handlungen und Machenschaften sofort zu stoppen. Auch jetzt!

Zusammen mit weltweit tätigen NGOs wie *Global Witness* geht ACAT den Folgen von Rohstoffausbeutung, Konflikten, Korruption, Umweltzerstörung und den damit einhergehenden Menschenrechtsverletzungen nach.

Im vergangenen Jahr wurden gemäss *Global Witness* weltweit 212 Umweltschützer getötet. In einigen Ländern wie Kolumbien, den Philippinen und Brasilien ist ihr Einsatz besonders gefährlich. Umweltaktivisten werden häufig wegen ihres Engagements gegen illegalen Bergbau oder Abholzung ermordet. Zudem werden Umweltschützer in vielen Ländern immer wieder bedroht, verleumdet und vor Gericht gebracht.

Helfen Sie mit, das Unrecht öffentlich zu machen und zu stoppen. Dafür besten Dank – wie auch für Ihre Spenden oder/und ihr allgemeines Engagement für ACAT.

Kontaktieren Sie unsere Fundraising-Verantwortliche **Ruth Blum:**

079 220 85 64 • r.blum@acat.ch
ACAT-Schweiz • Speichergasse 29 •
Postfach • 3001 Bern • www.acat.ch

Spendenkonto:

IBAN: CH16 0900 0000 1203 9693 7
Postkonto: 12-39693-7

Muster-Kollektenansage für Ihre Kirche oder Pfarrei

Die heutige Kollekte ist bestimmt für ACAT-Schweiz, die Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter.

ACAT-Schweiz engagiert sich seit 40 Jahren für Gefolterte und zum Tod Verurteilte. Sie unterstützt auch jene Menschen, denen Folter und andere schwere Misshandlungen drohen. Im Fokus der Arbeit von ACAT steht der Dienst am Nächsten.

Setzen Sie sich mit Ihrem Kollektenbeitrag für die Menschenwürde all jener ein, deren Recht auf körperliche und psychische Integrität von Staaten und ihren Vertretern mit Füßen getreten wird.

Aktuell beleuchtet ACAT-Schweiz aus Anlass des Menschenrechtstags (10. Dezember) die zunehmende Verflechtung von Umweltschutz und Menschenrechten. Die Zahlen sprechen für sich: 2019 wurden weltweit 212 Aktivisten wegen ihres Engagements für den Schutz von Umwelt, Klima oder natürlichen Ressourcen getötet – eine Rekordzahl.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.



Muster-Kollektenansage online:

www.acat.ch (Aktiv werden > Menschenrechtstag)



Petition

Unterschreiben Sie jetzt unsere aktuelle Petition an die Regierung Brasiliens!

www.acat.ch > Aktiv werden > Menschenrechtstag



Entzünden Sie ein Licht der Hoffnung!

Mit den ACAT-Lichttüten zaubern Sie ein helles Licht in dunkle Winternächte. Ideal für die Adventszeit zu Hause, für Ihren Anlass in der Kirche, oder einfach als kleines Geschenk der Hoffnung an Freunde und Bekannte.

Die Lichttüten können Sie bei der ACAT-Geschäftsstelle beziehen:

5 Stück	CHF 10.-
10 Stück	CHF 13.-
ab 15 Stück	CHF 1.- / Stück

Preise inkl. Porto und Verpackung.

Versand mit Rechnung und Einzahlungsschein.

Zurzeit führt der Mensch einen Krieg gegen die Natur. Wenn er gewinnt, ist er verloren.

*(Hubert Reeves, kanadischer Atom- und Astrophysiker
und populärwissenschaftlicher Autor)*



acat.ch

Für eine Welt
FREI von
Folter und Todesstrafe



Ihre Spende
in guten Händen.

ACAT-Schweiz

Speichergasse 29 • Postfach • 3001 Bern

+41 (0)31 312 20 44

info@acat.ch • www.acat.ch • www.facebook.com/ACATSuisse

Postkonto: 12-39693-7 • IBAN: CH 16 0900 0000 1203 9693 7